

In Erwägung, daß da Häuser stehen, während ihr uns ohne

Bleibe laßt, haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen, weil es uns in uns'ren

Löchern nicht mehr paßt



Hausbesetzer am Sonntag in Berlin  
Foto: Christian Mang

Hausbesetzung gehört zum deutschen Kulturgut und wurde schon vor über 80 Jahren von Bertolt Brecht bedichtet. In Berlin und anderen Städten kommt sie jetzt wieder zur Anwendung – als Statement gegen den Mietenwahnsinn

3

VERBOTEN

Buenos días, señores, señoras y okup@s!

Pablo Iglesias, Nochchef der spanischen Linkspartei Podemos, hat ein Problem: Zusammen mit seiner Frau hat er für sich und die kommenden Kinder eine Hütte für 600.000 Euro gekauft. Berliner Aktivist\*innen sind verständnisvoll: Für den Preis kriegt man in der deutschen Hauptstadt nur ein gehobenes Wohnklo. Da kann man schon mal sauer werden. Dumm nur: Vor den Toren Madrids gibt es für so ein Sümmchen eine Villa. Jetzt hupt ihm seine Basis was. *verboten* rät Pablo: Lass die Hütte eine Weile leer stehen, dann kannst du sie linksradikaladäquat

#besetzen.

Abbruch in Europa

In Italien ist Abtreibung legal, aber fast alle Ärzte verweigern den Eingriff. Beginn einer taz-Serie 13

Kino aus Korea

Regisseur Hirokazu Koreeda gewinnt die Goldene Palme in Cannes 2, 15

Der Dreißigjährige Krieg

Vor 400 Jahren begann das jahrzehntelange Schlachten, ganze Landstriche wurden entvölkert. Was hat das mit heute zu tun? Ein Museumsbesuch mit dem Politologen Herfried Münkler 4, 5



#KarnevalDerBesetzungen von Katja Gendikova



3

Kommentar von Johanna Roth über den Skandal im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Asyldebatte um Jahre zurückgeworfen

Vor einigen Wochen sagte Alexander Dobrindt, der ewige Spalter der CSU, in Deutschland gebe es eine „Anti-Ab-schiebe-Industrie“ aus abgelehnten Asylbewerbern und deren Unterstützern. Kurz darauf stellte sich heraus: Es gibt tatsächlich etwas, das man, wenn man auf populistische Schablonensprache steht, so bezeichnen kann. In der Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wurden offenbar in großer Zahl falsche Asylbescheide ausgestellt.

Das ist nicht irgendein Behördenkandal. Denn er wirft die Asyldebatte um Jahre zurück. So verstieg sich die *Neue Zürcher Zeitung* zu der hysterischen Schlagzeile, das Bamf sei „Deutschlands gefährlichste Behörde“. Wenn man schon mit dem Begriff „gefährlich“ arbeiten will, dann doch so: Das Bamf ist jene Behörde Deutschlands, bei der es für den gesellschaftlichen Frieden am gefähr-

lichsten ist, wenn Mist gebaut wird. Dabei geht es nicht nur darum, dass durch die Bremer Dreh-tür auch mutmaßliche IS-Unterstützer oder Kriminelle spazieren konnten.

Die Flüchtlingskrise mag vorbei sein, aber die Ressentiments, die sie hervorlockte, sind es nicht. An jedem Abendbrotstisch, an jeder Dorfkneipentheke wird es jetzt wieder einen geben, der grinst: „Hab ich doch gesagt“, und es wird andere geben, die nicken und die syrische Familie von nebenan lieber erst mal nicht mehr grüßen. Gefasel wie das von Dobrindt bleibt, findet es einmal einen Anker in der Realität, nur zu leicht hängen.

Der Plot, der sich da gerade entfaltet, ist der feuchte Traum der Rechten: Böse Fake-Flüchtlinge kaufen sich in Scharen bei uns ein. Ob die 1.000 Euro, die laut *Spiegel* für einen solchen Antrag an einen Hildesheimer Anwalt gegangen sein sollen, überhaupt als Bestechungsgeld in Richtung Bamf

weiterflossen, interessiert kaum jemanden. Diskursverschiebung erfolgreich.

Umso wichtiger ist die Aufklärung der Frage, wie das Ganze überhaupt so lange betrieben werden konnte. Dass außer der AfD bisher nur die FDP einen Untersuchungsausschuss fordert, ist bedauerlich. Nicht zuletzt diskreditiert die Affäre auch viele Bamf-Mitarbeiter, die im täglichen Spagat zwischen Einzelschicksalen und migrationspolitischen Vorgaben einen sehr wichtigen Job machen.

Auch deshalb sollte sich die öffentliche Debatte nicht wieder nur um die Frage drehen, was das Ganze für die politische Zukunft von Horst Seehofer bedeutet. Die Konsequenzen tragen schließlich unmittelbar die Zehntausende, deren Anträge nun rückwirkend überprüft werden – oder bereits widerrufen wurden.

6

Die taz wird ermöglicht durch 17.859

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13  
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de  
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de  
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22 kleinanz@taz.de  
taz Shop: 030 | 25 90 21 38  
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de taz  
Postfach 610229, 10923 Berlin twitter.com/tazgezwitscher facebook.com/taz.kommune

www.taz.de

Ausgabe Berlin Nr. 11632 € 2,30 Ausland € 1,80 Deutschland



20621